



## REISEBERICHT

### über nationale und internationale Veranstaltungen

<b>Anlass</b>	Informationsaustausch mit Bundesministerium des Innern (BMI) über den neuen Deutschen Personalausweis (nPA)
<b>Ort</b>	Bundesministerium des Innern Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin
<b>Dauer</b>	12. August 2014, 12:00-14:30
<b>Teilnehmer</b>	[REDACTED]

#### A) Wichtige Traktanden

Informationsaustausch („Lessons Learned“) in Bezug auf den neuen Deutschen Personalausweis (die Deutsche eID) sowie Zusicherung der Zusammenarbeit mit dem BMI, BSI und Fraunhofer Institut im Projekt Erneuerung Identitätskarte.

#### B) Ergebnisse, Beschlüsse, Tendenzen

Im Fachgespräch wurden Hintergrundinformationen zum neuen Deutschen Personalausweis ausgetauscht, insbesondere um Risiken im Projekt Erneuerung Identitätskarte zu vermindern. Das Gespräch dauerte rund 2 ½ Stunden. [REDACTED] gab uns sein Einverständnis, die erhaltenen Informationen regierungsintern zu nutzen.

Nachfolgend die Kernaussagen aus dem Gespräch in loser Reihenfolge.

- Deutschland hat seine eID seit 2010 und die erwartete Nutzung bleibt aus. Insgesamt sind 30 Mio. nPA im Feld. Nur rund 30% aller Personen haben die eID-Funktion aktiviert gelassen, die übrigen 70 % haben diese Funktion aktiv ausgeschaltet. Zitat: „Es ist Weihnachten und keiner geht hin“.
- Die Freiwilligkeit bei nPA, die eID-Funktion ausschalten zu können, erachtet das BMI heute als Fehler. Es ist der Meinung, dass die eID-Funktion immer aktiv sein sollte. Es war ein gutgemeinter politischer Kompromiss in Sachen Datenschutz, der heute

schmerzt.

- Auffallend sei, dass Aktivierungsraten von 70 und mehr Prozent beobachtet werden, sobald Kommunen (Städte, Gemeinden) konkrete E-Gouvernement-Anwendungen anbieten. Die Quote hänge direkt von dem Engagement der Behörden an der Front ab.
- Ebenso würde das BMI heute noch viel mehr in die Kommunikation, insbesondere die Aufklärung der Kommunen und der Öffentlichkeit investieren. Eine sorgfältige und umfassende Kommunikation habe beim nPA leider gefehlt.
- Die deutsche Lösung ist in Bezug auf Datensicherheit und Datenschutz perfekt, aber zu komplex. Die Benutzerfreundlichkeit hat darunter gelitten und ist nicht optimal. Zu viele technische Details im Bereich Funktionen und Datenschutz seien im Gesetz festgeschrieben worden. Dies verhindere heute die notwendige rasche Anpassung an den Markt.
- Datenschutz wird aber immer ein Fokusthema bleiben. So prüft das Bundesverwaltungsamt (BVA) als Teil des BMI, ob die Dienstleistungsanbieter die Datenschutzvorgaben im Zusammenhang mit dem nPA einhalten. Nur wenn ja, werden die Zugriffszertifikate beim nPA vergeben. Die Prüfung wird alle paar Jahre wiederholt. Nicht geprüft wird dagegen z.B., ob das Unternehmen finanziell gesund ist und eine lautere Geschäftspraxis verfolgt usw.
- Use Cases wie „Öffnen des Autos mit dem nPA“, wie sie Versicherer ins Auge gefasst haben, seien für die ältere Generation zu abgehoben. Für die Versicherer aber eine Chance, nachweisen zu können, wer gefahren ist. Die Versicherer sind beinahe die einzigen, welche den nPA noch konsequent zum Abschluss einer Versicherung unterstützen. Gemäss [REDACTED] ist es aber nicht die Aufgabe des Staates, bestimmte Geschäftsinteressen einer Branche zu unterstützen.
- Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sei insgesamt sehr enttäuschend verlaufen. Gedächtnisschwund: viele Wirtschaftspartner hätten bei Projektbeginn zugesichert, den nPA später bei ihren Produkten zu unterstützen, können sich heute aber nicht mehr an dieses Versprechen erinnern. Banken und andere Firmen bevorzugen weiterhin eigene Lösungen, namentlich um Kunden an sich zu binden, aber auch um die Infrastruktur und somit auch die Risiken in eigenen Händen zu haben.
- Die aktuelle Anzahl Fälle von Identitätsmissbrauch kann die Privatwirtschaft noch ohne grosses Leiden finanziell wegstecken. Analysen zeigten, dass einfach rund 10% auf die Preise draufschlagen werden, um den Schaden durch Identitätsbetrug zu decken. Die Wirtschaft argumentiert heute, dass die Durchdringung des nPA (eID) zu gering ist. Erst ab 50% will sie aktiv werden. Henne – Ei lässt grüssen.
- Das BMI konzentriert deshalb seine Fördermassnahmen nun auf die E-Gouvernement-Anwendungen. Dies auch im Sinne einer Vorbildfunktion des Staates. Der Staat sei verpflichtet, den Nachweis der Identität einer Person nicht nur in der realen, sondern auch der elektronischen Welt verlässlich sicherzustellen.
- Das BMI steuert in einem bis zu 15-köpfigen Projektteam das Vorantreiben der E-Gouvernement-Lösungen innerhalb der Bundesverwaltung. Einen grossen verwaltungsinternen Erfolg konnte im Justizbereich verzeichnet werden. So können heute Urteile und Akten elektronisch und nicht mehr auf Papier ausgetauscht werden.

- Im Durchschnitt geht ein Deutscher rund 1.75-mal pro Jahr auf eine Behörde. Eine ganz wichtige Motivation für die Bürgerinnen und Bürger, den nPA mit eID zu nutzen, sind Zeit- und Geldersparnis. Immer dort, wo ein Behördengang vermieden werden kann, ist das Interesse da und der nPA wird genutzt. Konkrete Zahlen liegen dem BMI indes keine vor.
- Als wichtigen Erfolgsfaktor hat Deutschland die Erfordernisse an die Schriftform gesenkt. Nur so kann die eID auch bei zahlreichen Behördengeschäften zum Einsatz kommen, welche in der realen Welt die Unterschrift oder in der digitalen Welt eine qualifizierte elektronische Unterschrift verlangt haben. Hierzu reicht die Standard eID-Funktion aus – die ebenfalls optional erhältliche qualifizierte elektronische Signatur werde kaum je gebraucht. Das E-Gouvernement-Gesetz von 2012 erlaube es nun, über 3'500 Behördengeschäfte papierlos und eben ohne qualifizierte elektronische Signatur abzuwickeln. Zudem wird angestrebt, über Spezialgesetzgebungen möglichst viele weitere Bereiche zur Akzeptanz des nPA zu bringen (z.B. im Bereich Fahrzeug Einlösen).
- Auch die Entwicklung von zentralen Portalen („Bürgerkonten“, SSO-Portale) über die Bürger nach der Anmeldung allerlei Behördengeschäfte erledigen können, wird vom BMI gefördert und als Erfolgsfaktor beurteilt. Die Förderung geschieht dadurch, dass von Kommunen oder anderen Behörden entwickelte Lösungen für andere Kommunen oder Behörden verfügbar gemacht werden („Re-use“).
- Als grosse Herausforderung bezeichnet das BMI das Thema Kartenleser. Das BMI ist heute überzeugt, dass der Kartenleser zusammen mit der eID in Form eines „Starter-Pakets“ an den Bürger abgegeben werden muss, um Erfolg mit der eID zu haben. Das BMI prüft ernsthaft, ein solches Starterkit mit eID, Leser, Flyer und Software bereitzustellen. Hier vertritt das BMI die Auffassung, dass der Staat eine Bringpflicht hat.
- Als Alternative zu konventionellen Lesegeräten stehen die NFC-fähigen Smart Phones zur Verfügung. Nur seien diese teilweise recht unterschiedlich gebaut, so dass die Handhabung nicht so einfach ist, wie sie auf den ersten Blick scheint. Zudem unterstützen heute noch nicht alle Smart Phones NFC und glaubt man den USA, hat NFC keine Zukunft. Ganz andere Signale gibt die europäische Entwicklung mit den NFC-fähigen Kreditkarten für das Bezahlen kleinerer Beträge durch einfaches Hinhalten an den Leser (Usability). Leider nutzt der aktuelle nPA Befehle des für Reisedokumente massgebenden Standards ISO 14443 *Identification cards – Contactless integrated circuit cards*, welche mit NFC nicht vollständig kompatibel sind. Dies könnte aber bei einer Neuausgabe des nPA vermieden werden. Parallel dazu engagiert sich Deutschland aktiv in den Normierungsgremien, um den NFC Standard um die „fehlenden“ Befehle zu erweitern und damit eine vollständige Kompatibilität herbeizuführen.
- Eine weitere Alternative, welche das BMI prüft, ist eine Karte mit eingebauter Tastatur als nPA 2020 zu lancieren. Damit wären gewisse Angriffsszenarien auszuschliessen und auch die dem Image sehr abträglichen Attacken des CCC wäre damit beizukommen. Eine direkte Zusammenarbeit mit dem CCC sieht das BMI jedoch dennoch nicht. Die Karte mit Tastatur würde gemäss BMI teurere Lesegeräte unnötig machen. Aktuell besteht hier zwischen BMI und NXP eine Zusammenarbeit. In der Schweiz wäre die Firma NAGRA-ID ein möglicher Anbieter einer solchen Karte.
- Die ursprüngliche Ausweis-App („Bürger Client“) sei viel zu kompliziert und nicht zu warten gewesen. Deshalb wurde eine neue entwickelt, welche Browser-unabhängig

ist und für die Linux-Welt teilweise Open-Source ist („Governikus AutentApp“ der Firma Governikus, [https://www.governikus.com/de/governikus\\_autent/6002751/](https://www.governikus.com/de/governikus_autent/6002751/)). Es wird dabei kein Java verwendet und die Unterstützung explizit auf die „gängigsten Betriebssysteme“ eingeschränkt. Einführung ist im November 2014. Später soll dann Unterstützung für Betriebssysteme der Smart Phones dazukommen. Leider verhindern gesetzliche Regelungen vorerst teilweise dringend notwendige Vereinfachungen (z.B. das Weglassen der Möglichkeit zum Wegklicken von einzelnen zu bestätigenden Attributen).

- Was auch erfolgreich sei, sind so genannte Bürgerterminals, welche durch die Kommunen vor Ort aufgestellt werden. Diese erlauben den Kunden, Behördengeschäfte direkt und nicht am Schalter zu erledigen (z.B. eine Bewilligung zu erhalten und auszudrucken). Die Bürgerterminals werden von einigen Firmen im Auftrag der Kommunen entwickelt und hergestellt. Sie haben sichere Lesegeräte für den nPA eingebaut und bilden so ein geschlossenes sicheres System.
- Eine weitere Stossrichtung, welche gemäss BMI unbedingt verfolgt werden muss, ist die Zusammenarbeit mit der FIDO-Alliance (vgl. Anhänge). Diese will das BMI überzeugen, dass eine Nutzung des nPA auch für sie richtig und wichtig wäre, nämlich um die eigenen schwachen Identitäten mit der staatlich garantierten Identität zu härten. Das BMI führt aktuell aktiv Gespräche mit Google.
- Die eID-Funktion wird beim nPA ohne Mehrkosten angeboten (gleiche Gebühren, ob aktiviert oder deaktiviert). Die Ausstellung des nPA soll gemäss BMI kostendeckend sein, hingegen wird die Entwicklung der Applikationen, wohl auch des nPA selbst und der Betrieb der eID-Funktion aus dem normalen Budget des BMI bezahlt. Der Bürgersupport bzw. die Hotline wird vom „normalen“ Bürgertelefon des BMI abgedeckt, so dass auch diese Kosten wohl kaum direkt in die Gebührenrechnung einfließen.

#### **Fazit seitens BMI:**

Man glaubt fest an die (zukünftige) Notwendigkeit einer eID, obwohl heute der Bedarf zur Verwendung der eID noch nicht gross genug ist. Will man eine eID in einem Land etablieren, braucht es einen langen Atem und letztendlich ein geplantes und koordiniertes Vorgehen mit einem bestimmten Ziel. Bei den Kommunen in Deutschland besteht grosser Spardruck und die eID und eGov-Applikationen könnten ein Mittel sein, um Kosten (namentlich Personal) zu sparen. Benutzerfreundlichkeit der eID, keine Wahlfreiheit bei der eID-Funktion, Starter-Kit mit Lesegerät, flexibler rechtlicher Rahmen und Förderung des eID-Ökosystems (zumindest bundesintern) sind essentiell wichtig für den Erfolg.

Das BMI sichert uns jegliche Unterstützung beim Schweizer Projekt zur Einführung einer eID zu, sei es seitens BMI, seitens BSI oder auch Fraunhofer Institut. Dies wird verdankt und sichert uns einen reichen Fundus an Informationen und Kompetenz.

Das BMI will auf unsere Anfrage hin noch prüfen, ob die Schweiz die neue Deutsche Ausweis-App ebenfalls (kostenlos?) erhalten und nach einer allfälligen Anpassung an die Schweizer Bedürfnisse auch (kostenlos?) verwenden könnte. Im Grundsatz sei dies sicher möglich, meint das BMI.

**C) Bemerkungen**

[REDACTED]

**C) Beiträge der Schweizer Delegation**

Siehe oben.

**Beilagen**

FIDO Alliance Übersicht und Grobarchitektur.

**E) Beurteilung der Veranstaltung**

<input checked="" type="checkbox"/> notwendig	<input type="checkbox"/> nützlich	<input type="checkbox"/> gehaltlos
---	-----------------------------------	------------------------------------

**F) Verbreitung im Amt**

<input type="checkbox"/> allgemein (DOK + Intranet)	<input type="checkbox"/> vertraulich (Mitinteressierte)	<input checked="" type="checkbox"/> operationell (C Linie)
--	--	---

Ort und Datum	Autor Reisebericht	Unterschrift des Autors
Bern, 14.8.2014	[REDACTED]	[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

**Datum und Visum Linienvorgesetzte**

Bern, 26. 8. 2014 [REDACTED]